

Protokoll

8. Sitzung vom 9. Februar 2015

rsa

Seite 193

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 9. Februar 2015, 19.00 Uhr - 19.45 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	29 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Heinz Kundert, Stadtschreiber, Esther Ramirez, Ratssekretärin, Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv. und Paul Bossert, Ratsweibel
Entschuldigte	Ernst Grand (Ferien), Christian Gross (Ferien), Andreas Gut (beruflich), Rita Hug (Ferien), Thoms Rom (Krank), Nadia Schüpbach (Ferien) Stadträtin Astrid Furrer (Ferien), Stadtrat Peter Schuppli (Ferien)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme des Protokolls vom 15. Dezember 2014
3. Interpellation der SVP/BFPW-Fraktion, vom 3. November 2014, betreffend Beteiligung der Stadt an der Hangenmoos AG, Begründung
4. Postulat der SP-Fraktion, vom 3. November 2013, überwiesen am 2. Dezember 2013, betreffend Trinkbrunnen am Bahnhof Wädenswil, Beantwortung
5. Interpellation der FDP-Fraktion, vom 10. November 2014, zur Standortförderung Wädenswil, Begründung
6. Interpellation der GLP-Fraktion, vom 10. November 2014, betreffend Submission Arbeiten „Gewerbepark Rütihof“, Begründung
7. Postulat der CVP-Fraktion, vom 14. Januar 2015, betreffend Aufwandstabilisierung; Begründung
8. Einbürgerungen:

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig in der ZSZ amtlich publiziert.

Auf Anfrage gibt es keine Einwände gegen die Traktandenliste.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid begrüsst die Anwesenden zur ersten Sitzung des Gemeinderats im 2015. Es sei gleichzeitig die erste Sitzung, bei welcher man elektronisch verbunden sei. Er hoffe, dass sich inzwischen alle einloggen konnten. Man habe offizielle Passwörter einzugeben. Er habe alles elektronisch aber auch noch in Papierform. Somit sollte nichts schief laufen.

1. Mitteilungen

Fraktionserklärung der SP

Daniel Tanner, SP, führt aus, dass die letzte Gemeinderatssitzung vom 15. Dezember 2014 viereinhalb Stunden gedauert habe. Dass diese Budgetsitzung so lange gedauert habe, habe in erster Linie daran gelegen, dass die selbsternannte "bürgerliche Allianz" bestehend aus FDP, SVP, GLP und BFPW in letzter Minute noch zusätzliche Anträge eingereicht habe. Dies habe zur etwas paradoxen Situation geführt, dass der Stadtrat den Antragsstellenden erst erklären musste, worauf sich der jeweilige Antrag eigentlich beziehe. Nach den regulär verlaufenen Erklärungen der Kommissionsmitglieder seien dann in der Detailberatung der einzelnen Abteilungen laufend neue Anträge gestellt worden. Begründet wurden diese Anträge aus Sicht der SP meist sehr schwammig. Vor allem die Bildung habe zu leiden gehabt.

Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen der bürgerlichen Allianz. Parlamentarische Arbeit sei so organisiert, dass die vorbereitende Debatte und die nötigen Abklärungen an die jeweilige Kommission delegiert werden. So sei es üblich und ganz im Sinne der parlamentarischen Arbeit, dass Detailfragen, wie Zimmernutzung, Betriebskonzept, Fragebögen usw. am Beispiel beim Bau eines neuen Schulhauses die Kommission vorberate und im Vorfeld vor der Endabstimmung mit den Fraktionen abgleiche. Auf diese Art können überflüssige endlose Diskussionen im Rat vermieden und eine seriöse Debatte garantiert werden. Soviel zum Courrent normal.

Was sie aber am 15.12. erlebt haben, widerspreche diesem Vorgehen komplett. Es mute grundsätzlich immer etwas befremdlich an, wenn einzelne Kommissionsmitglieder da im Rat von der in der Kommission gebildeten Meinung plötzlich abweichen. Wenn dies aber sogar die Kommissionspräsidentin selber tue, sei es ein Eingeständnis darauf, dass die Kommissionspräsidentin ihre Arbeit nicht genügend seriös wahrgenommen habe. Es sei auch ein Affront den Kommissionsmitgliedern gegenüber, die sich mit bestem Wissen und Gewissen und auch mit viel Engagement an das vorher genannte Regelverfahren gehalten haben. Offenbar fehle der bürgerlichen Allianz das Vertrauen in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission und deren Leitung. Anders können sie sich die Unzahl von Parallelanträgen nicht erklären.

Die SP-Fraktion appelliere noch einmal daran, sich an die einleitend genannten Grundsätze zu halten und den eigenen gemeinderätlichen Kommissionen zu vertrauen. Kritische Rückfragen seien bei der Kommission einzubringen, so dass man im Rat auf die äusserst mühsamen Diskussionen verzichten könne.

1.1 Eingänge

-
- Schriftliche Anfrage des BFPW, vom 29. November 2014, zu der Diebstahl-Sicherheit in den Schulhäusern
- Schriftliche Anfrage des BFPW, vom 29. November 2014, zur Modernisierung des Gemeinderatssaals in Wädenswil

- Postulat der CVP-Fraktion, vom 14. Januar 2015, betreffend Aufwandstabilisierung
- Weisung 3, vom 19. Januar 2015, betreffend Aufnahme von Vertragsverhandlungen für einen Zusammenschluss der politischen Gemeinde Schönenberg und allenfalls der politischen Gemeinde Hütten mit der politischen Gemeinde Wädenswil
- Protokoll der Sitzung des Gemeinderats vom 15. Dezember 2014
- Einladung zur Sitzung des Gemeinderats vom 9. Februar 2015

1.2 Überweisungen

Das Büro hat die Weisung 3, vom 19. Januar 2015, betreffend Aufnahme von Vertragsverhandlungen für einen Zusammenschluss der politischen Gemeinde Schönenberg und allenfalls der politischen Gemeinde Hütten mit der politischen Gemeinde Wädenswil, der Sachkommission zur Vorberatung überwiesen.

2. Protokollabnahmen

Das Protokoll der Sitzung vom 15. Dezember 2014 wird genehmigt.

40.00

3. Interpellation der SVP/BFPW-Fraktion, vom 3. November 2014, betreffend Beteiligung der Stadt an der Hangenmoos AG; Begründung

Ivano Coduri, SVP, führt aus, dass die Fraktion der SVP und des BFPW vom Stadtrat folgende Fragen beantwortet haben wolle. Mit der Publikation in der Zürichsee-Zeitung vom 28. Oktober 2014, wonach im Hangenmoos 253 günstige und bezahlbare Wohnungen einem Neubau weichen müssen, stelle sich die Frage, wie die Stadt Wädenswil an der Hangenmoos AG beteiligt sei.

Welches Ziel verfolge die Stadt mit der Haltung der Aktien? Was sei die Aufgabe der Stadt innerhalb dieser Aktiengesellschaft? Wie sei die Zusammenarbeit mit der Stadt und der Hangenmoos AG betreffend der Neubauten im Allgemeinen (Wohnungsvermietung im Hangenmoos-Quartier, Gulmenmatt, etc.): Habe hier die Stadt ein Vorrecht zur Miete? Bestehe aufgrund der Beteiligung der Stadt an der Hangenmoos AG allenfalls die Gefahr von Interessenkonflikten, z.B. bei Bewilligungsverfahren? Wie hoch sei der effektive Wert der Aktien? Wieviel Dividenden seien in den letzten Jahren ausgeschüttet worden (Auflistung pro Jahr)? Was passiere beim Verkauf der Aktien? Dürfen diese bereits verkauft werden (Haltefrist)? Wer könne die Aktien überhaupt kaufen? Seien diese frei handelbar? Wohin fliessen die Gelder? Wie hoch wäre der Preis? Sie danken dem Stadtrat für die sachliche Beantwortung der Fragen.

Die Interpellation betreffend Beteiligung der Stadt an der Hangenmoos AG geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

33.06

4. Postulat der SP-Fraktion, vom 3. November 2013, überwiesen am 2. Dezember 2013, betreffend Trinkbrunnen am Bahnhof Wädenswil; Beantwortung

Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser, sagt, dass das Postulat für einen Trinkbrunnen am Bahnhof Wädenswil selbstverständlich und einfach scheine.

Ein Brunnen mit laufendem Wasser sei früher eine Selbstverständlichkeit an jedem Bahnhof gewesen, aber auch auf vielen öffentlichen Plätzen und in Parkanlagen. Heute habe man in Wädenswil nicht mehr viele solche Brunnen in Betrieb.

Er verstehe unter einem Trinkbrunnen einen Brunnen, der nicht immer laufe, sondern mit einem Knopf betätigt werden könne damit frisches Wasser herauskomme. Ein laufender Brunnen sei für ihn ein Brunnen, bei welchem immer oder mindestens in der frostfreien Jahreszeit frisches Wasser laufe. Die Idee, einen solchen Trinkbrunnen zu erstellen, erachte auch der Stadtrat als gut. Leider aber seien die SBB der falsche Partner für dieses Anliegen. Die Gründe seien aus Sicht der SBB ganz einfach, sie sehen diese in der Beantwortung, welche sie schriftlich vor sich haben.

Die SBB wollen sich immer mehr nur noch auf das Allernotwendigste auf ihren Bahnhöfen konzentrieren. Sie wollen nur noch das anbieten, welches in direktem Zusammenhang mit dem Bahnbetrieb stehe, aber nur noch ganz wenig mit den Kunden, die den Bahnhof nutzen, zu tun habe. Das sei leider eine Tatsache, die man heute mehr oder weniger zu akzeptieren habe und zwar darum, weil die SBB Eigentümerin und Betreiberin der Bahnanlagen seien. Beim Bushof, welcher auch angesprochen wurde, seien die Platzverhältnisse leider sehr eng und es seien während der Bauzeit keine Wasserleitungen eingelegt worden. Hätte man zu diesem Zeitpunkt gewusst oder das Anliegen so gut gekannt, wie es heute vorläge, hätte man dies machen können. Die Platzverhältnisse seien jedoch nach wie vor sehr eng und es gebe schon heute recht wenig Platz für alle Nutzer der Busse, und darum sei es auch dort nicht unbedingt zweckmässig, wenn man einen Trinkbrunnen installiere. Dass die Postulanten mit dieser Beantwortung unzufrieden seien, sei nicht erstaunlich. Trotzdem bleibe ihm nichts anderes übrig, als einerseits auf den Brunnen auf dem Seeplatz zu verweisen. Dort könne jederzeit oder mindestens in der frostfreien Jahreszeit, Wasser getrunken oder in eine Flasche abgefüllt werden. Eine weitere Möglichkeit sei das WC. Sie haben sich in der Zeitung ausgelassen über dieses WC. Er sage am Schluss noch etwas dazu. Im WC gebe es theoretisch auch ein Lavabo, wo man Wasser trinken könne. Eine letzte grössere oder bessere Möglichkeit sehe der Stadtrat aber noch bei der Gestaltung des neuen Gerbeplatzes. Dort könne er sich persönlich durchaus einen echten dekorativen und zweckmässigen Laufbrunnen vorstellen, der den Zweck erfülle, dass man zu jeder Zeit Wasser trinken könne. Das sei aber seine Meinung, die er mit dem Stadtrat nicht abgesprochen habe. Die Erstellung eines solchen Brunnens auf einem öffentlichen Platz mit genügend Fläche sei wesentlich sinnvoller, da sowohl spielende Kinder den Brunnen nutzen als auch durstige Passanten davon profitieren können. Auch als künstlerisches Objekt sei ein solcher Brunnen wesentlich attraktiver. Sie alle kennen vermutlich all die Brunnen in der Stadt Bern, die weltweit bekannt seien.

Hingegen müsse man sich auch bewusst sein, dass so ein Laufbrunnen nicht ganz billig sei. In solch einen Brunnen laufen pro Jahr zwischen 1500 und 2500 Kubikmeter Wasser. Dies

sei nicht ganz wenig. Es seien immerhin etwa 4000 bis 5000 Badewannen pro Jahr. Ihm sei bewusst, dass sie sich nicht unbedingt so einen Brunnen vorgestellt haben. Er persönlich denke aber, dass so ein Brunnen attraktiver sei. Wenn er von Anfang an eingeplant würde, wäre er auch einfach zu realisieren. Es koste zwar ein wenig Geld, sei es in der Erstellung wie auch im Betrieb, aber er würde den Gerbeplatz dann tatsächlich ein wenig aufwerten zu dem öffentlichen Platz, den er auch darstellen sollte. Noch etwas zum WC, welches sie im Fraktionsbericht erwähnt haben. Über das WC, welches heute im Bahnhof Wädenswil untergebracht sei, sei auch der Stadtrat nicht erfreut. Die Situation sei absolut untauglich und nicht akzeptabel. Darin sei man sich auch im Stadtrat einig. Weiter wolle er nicht darauf eingehen. Er könne ihnen jedoch sagen, dass der Stadtrat in Verhandlung mit den SBB sei, damit beim WC eine Verbesserung erzielt werden könne. Aber auch dort habe man mit den SBB eine schwierige Verhandlungspartnerin. Sie stellen sich auf den Standpunkt, dass sie den Service Public nicht mehr ausbauen wollen bzw. können, wie er früher gewesen sei. Sie wollen und müssen kostendeckend wirtschaften. Dies behindere solche Anliegen, die von den Gemeinden kämen. Er verstehe die Postulanten, dass diese nicht ganz glücklich seien mit der Antwort. Aber leider habe er keine bessere Nachricht.

Daniel Tanner, SP, teilt mit, dass er sich beim Stadtrat bedanke für die fristgerechte Beantwortung ihres Postulats und auch für die Anerkennung des vorhandenen Bedürfnisses, beim Bahnhof einen Trinkbrunnen zu installieren. Mit wohlwollenden Worten für die stadträtliche Antwort sei damit aber auch schon Schluss. Zu gross sei sein Unmut darüber.

Bei seiner ersten mündlichen Kontaktaufnahme beim Stadtrat vor genau vier Jahren sei ihnen glaubhaft erklärt worden, man werde die Machbarkeit prüfen und versuchen, den Trinkbrunnen in das kommende Bahnhofsprojekt zu integrieren. Umso grösser sei nun die Ernüchterung. In der Antwort werde darauf verwiesen, dass die SBB aus verschiedenen Gründen nicht bereit seien, einen Wasseranschluss zur Verfügung zu stellen. Die faden-scheinigste davon sei jene mit der Hygiene. Was bitte schön, solle an einem laufenden Trinkbrunnen unhygienisch sein? Dass sich die SBB um die Anliegen des Allgemeinwohls immer Mal wieder drücken, das sei ja normal. Sie müssen froh sein, dass die Züge noch fahren und die Passagiere noch befördern. Lieber würde das Management ihre Liegenschaften teuer vermieten oder verkaufen. Wo aber ein Wille sei, sei auch ein Weg. Genau diesen Willen vermisse er aber trotzdem. Gewissermassen sei die Antwort auch plausibel gewesen, aber unter dem Strich vermisse er den Durchsetzungswillen trotzdem ein wenig. Bereits bei ihrem Anliegen für die Verbesserung des Unterführungsaufgangs Südost habe sich der Stadtrat von den SBB abweisen lassen. Auch damals habe die lapidare Antwort der SBB gelautet es sei nicht möglich wegen internen Richtlinien.

Alternative Standorte, zum Beispiel beim Busbahnhof seien zu teuer und die Passantenströme würden zu stark beeinträchtigt, hiess es weiter in der knapp gehaltenen Antwort des Stadtrats. Schade gebe die Antwort auf das Postulat keine Angaben zu den Kosten. Damit hätte ihnen der Stadtrat die Chance gegeben, aufgrund von Fakten zu entscheiden, ob nun auf den Trinkbrunnen definitiv zu verzichten oder ob das Postulat aufrecht zu erhalten sei. Dabei gebe es neben dem Busbahnhof und der Aussenseite der WC-Anlage durchaus weitere kostengünstige Realisierungsmöglichkeiten. Trinkwasserleitungen rund um den Bahnhof gebe es wohl in genügender Anzahl. So seien durchaus auch die Standorte von umliegenden Hausmauern prüfenswert gewesen, zum Beispiel in der Nähe der Apotheke, beim

Optiker oder bei der Bäckerei. Es würde ihn interessieren, ob wenigstens nur eine von diesen Anfragen bei einem privaten Hauseigentümer stattgefunden habe. Wohl eher nicht.

Dass der Laufbrunnen am Seeplatz für Pendler, die ihren Bahn- oder Busanschluss erwischen müssen, keine Alternative darstelle, brauche wohl keine weitere Erläuterung.

Einen kleinen Abstecher nach Zürich wolle er noch machen. Er habe nachgeschaut, wie viele Trinkbrunnen die Stadt Zürich habe. Es seien 1'200 öffentliche Trinkbrunnen mit fließendem Trinkwasser. 400 davon werden mit laufendem Quellwasser versorgt, damit werde auch die Notversorgung abgedeckt. Wenn man das hochrechne, seien das 1.2 Mio. Bädewannen, die dort laufend herausfliessen. In Bezug zu den 400'000 Einwohnern von Zürich komme auf jeden 333sten Einwohner ein öffentlicher Trinkbrunnen.

In Wädenswil habe er die öffentlichen Brunnen ebenfalls gezählt. Wenn man grosszügiger Weise auch die privaten Brunnen und die z.T. stillgelegten Brunnen der Schulhäuser mitzähle, komme er auf müde 12 Stück. Vielleicht habe er sich vertan, aber mehr habe er nicht herausgebracht.

In Wädenswil seien am 31.12.14 – sie wissen es - 21'189 Personen angemeldet gewesen. Das ergebe eine Brunnendichte – gegenüber den 333 - von 1'750. Also habe Zürich über 5 Mal mehr Trinkbrunnen pro Person als Wädenswil.

Lieber Stadtrat, sie wünschten sich seitens SP und vielleicht auch der anderen Fraktionen, die das Postulat seinerzeit unterschrieben haben, etwas mehr Biss beim Prüfen und etwas mehr Biss gegenüber den SBB, wenn es um eingereichte Begehren seitens des Parlaments gehe. Immerhin habe eine Mehrheit im Rat dem Auftrag für eine Prüfung zugestimmt und den Auftrag erteilt, die Machbarkeit ernsthaft zu prüfen.

Die SP beantrage das Postulat nicht abzuschreiben. Dass es auf dem Gerbeplatz einen neuen Brunnen geben könnte, begrüsse seine Fraktion bestimmt mit grosser Mehrheit. Aber er sei der Meinung, sowohl als auch liege durchaus drin, wenn man bedenke, wieviel so ein Wasseranschluss hahn kosten würde. Er bedanke sich in diesem Sinne und schliesse sein Votum.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid, teilt mit, dass es einen Antrag auf Aufrechterhaltung des Postulats gebe und somit die Diskussion eröffnet sei.

Simon Kägi, GP, sagt, dass die Neueröffnung des Bahnhofs Wädenswil gerade mal ein Jahr her sei. Die Stadt Wädenswil habe sich daran mit rund 5.7 Mio. Franken am Gesamtwerk mit Velokeller beteiligt. Es sei schon sehr bedauerlich, dass weder der Stadtrat noch sonst jemand aus der Verwaltung daran gedacht habe, dort einen Trinkbrunnen aufzustellen. Dass sich die SBB nur noch auf das Notwendigste konzentrieren, sehe man am Herren-WC. Die Frauen begleite er gerne mal dorthin. Sie müssten zwar alleine gehen. Er aber werde draussen Wache stehen. Zu zweit habe man nämlich keinen Platz. Es widerspiegeln wahrscheinlich die Philosophie der SBB, was beim Bahnhof passiere.

Der Bahnhof Wädenswil sei ein wichtiges Drehkreuz für Bahnreisende und Pendlerinnen und Pendler und sei in einem gewissen Grad für zig tausend Leute eine Visitenkarte der Stadt. Den Besuchern und Einwohnern der Stadt Wädenswil sei es egal, ob der Bahnhof den SBB gehöre oder der Stadt. Die Reisenden kommen dort an und was sie vorfänden sei im Moment – da die Renovation des Bahnhofs ja erst ein Jahr her sei - sehr schäbig. Man schaue sich mal den Velokeller an. Er widerspiegle den Minimalismus. Er sei klebrig. An einer Chilbi habe sich einmal jemand dort übergeben. Dies sei mittlerweile eingetrocknet. Es passiere nichts am Velokeller. Dafür, dass man 5.7 Millionen bezahlt habe, sei dies sehr mager. An der Eröffnungsfeier habe Stadtpräsident Philipp Kutter die Wädenswiler Musik dirigiert. Sie wünschen sich, dass der Stadtrat nun den SBB den Marsch blase. Der Bahnhof sei eine Visitenkarte. Die Leute kommen dort an und denken, so sei Wädenswil. Man solle schauen, dass man das in Ordnung bringen könne. Wasseranschluss gebe es im Herren-WC. Ihn ekle es jedoch, das Fläschlein dort aufzufüllen. Wenn man dort eine gute Lösung finde, könne er damit leben und es wäre für ihn okay. Sie hoffen, dass der Stadtrat hinstehe, mit den SBB rede und man vielleicht den Service Public, welcher wirklich auf das Minimum heruntergefahren worden sei, etwas verbessern und somit die Visitenkarte etwas aufpolieren könne.

Adrian Stucki, GP, sagt, dass er sich selbstverständlich seinem Parteikollegen anschliesse. Er finde es schade, dass man dies nicht berücksichtigt habe. Auf der anderen Seite müsse er sagen, ob sie noch andere Probleme haben. Daniel Tanner habe gesagt, dass man einen kleinen Abstecher nach Zürich machen solle. Er frage sich, ob sie nicht einen Abstecher nach Afrika machen sollen. Dort laufen kleine Kinder kilometerweise, um frisches Trinkwasser zu bekommen, um zu Hause einigermaßen zu leben, sich zu waschen und trinken zu können usw. Hier habe man einen Brunnen am Seeplatz wo man durch die Unterführung hindurch schnell Wasser holen gehen könne. Die Hälfte der Jugendlichen laufe heute mit einer Trinkflasche umher, welche man zu Hause auffüllen und mitnehmen könne. Er sei nicht ganz gegen die Idee des Trinkbrunnens. Er sage es nochmals, ob man eigentlich keine anderen Probleme habe. Wenn das Postulat aufrechterhalten werde, solle man sich schon mal überlegen, falls dies dann nicht zu Stande komme, ob man das Geld, welches es gekostet hätte einen Brunnen zu erstellen, nicht der Helvetas spenden solle, damit vielleicht in Afrika ein Brunnen gebaut werden könne, der wirklich den Leuten zu Gute komme, die ihn dringend benötigen.

Abstimmung über den Antrag der Aufrechterhaltung

Der Rat lehnt die Aufrechterhaltung des Postulats betreffend Trinkbrunnen am Bahnhof Wädenswil grossmehrheitlich ab. Das Postulat gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

20.10.20

5. Interpellation der FDP-Fraktion, vom 10. November 2014, zur Standortförderung Wädenswil; Begründung

Oliver Küng, FDP, sagt, dass er an die schriftliche Anfrage vom 9. Juli 2007 von Willy Rüegg, ehemaliger SP-Gemeinderat betreffend Standortförderung und seinen kritischen Fragen zu Zurich Park Side erinnern wolle. Es gehe mit dieser Interpellation „Standortförderung

Wädenswil“ nicht darum, Zurich Park Side in Frage zu stellen oder zu konkurrenzieren, im Gegenteil, Herr Beat Ritschard sei ein angesehener Standortförderer und mache seine Sache als regionaler Standortförderer sehr gut, das sei ihm von seinen Berufskollegen wie auch sonst im Umfeld zugetragen worden. Vielmehr gehe es darum, Zurich Park Side zu stärken, mit einer lokalen Standortförderung vor Ort für Wädenswil, um die Aufgabe aktiver zu gestalten; ob für Lotsendienst in der Verwaltung, für Firmen bei jeglichen Anliegen oder um das Konzept im Rütihof durchzusetzen.

Es sei ja kaum möglich, dass sich der Stadtpräsident mit Erstanfragen für Standortförderung herumschlage. Erstanfragen für einen Standort in Wädenswil bei Zurich Park Side oder direkt bei der Stadt sollten mit schneller Reaktionszeit durch einen operativen Standortförderer bearbeitet und beurteilt und Möglichkeiten und Optionen abgeklärt werden. Eine lokale Standortförderung sei bei den Zürichsee Gemeinden bisher eher „stiefmütterlich“ behandelt worden und man habe gute Zuzüge eher dem Zufall überlassen können. Diese Zeiten seien vorbei, wie man bei der letzten gewichtigen Abwanderung bzw. am Anteil von juristischen Personen am Steuersubstrat feststellen muss. Forschung und Bildung sei zwar sexy, gebe jedoch noch kein Geld. Doch Clusterbildungen forcieren in Bereichen, in denen verschiedene Firmen und die Stadt profitieren könnten sowie Anschub geben, wo es benötigt werde, all das brauche Zeit, Durchsetzungsvermögen und regelmässige Pflege. Klar es stehe und falle mit den Personen, aber andere Beispiele zeigen, solche Leute können aufgebaut werden oder gebe es bereits. Es brauche keine Person, die ständig nach China reise um Firmen nach Wädenswil zu locken. Auch solle man es nicht erzwingen, dass eine Firma, die wegziehen wolle, zuerst den Standortförderer fragen müsse. Nein, die Nähe zu den Gewerblern und Firmen suchen und versuchen den Bestand und ein Netzwerk zu pflegen sowie Leerstände zu reduzieren. Natürlich nicht nur in stadteigenen Liegenschaften.

Es gebe Leerflächen! Auf den gängigsten Plattformen finde man schnell 20 Inserate für Büroflächen in Wädenswil und Au. Bei Büroflächen spreche man von freien 8'000 m2 Flächen. Wer bewirtschafte diese aktiv? Wie könne sich der Stadtrat eine aktivere Standortförderung vorstellen? Sie von der FDP-Fraktion unterstützen, dass mit einer aktiveren Standortförderung der Standort Wädenswil/Au auch mit Bildung und Forschung und dem bestehenden und allfällig neuen Gewerbe beim Rütihof der Standort Wädenswil wieder auf ein gutes Niveau zu heben sei.

Erfreulicherweise nehme der Stadtrat mit den neuen Legislaturschwerpunkten 2014-2018 in den ersten beiden Zielen das Anliegen der FDP-Fraktion ja bereits ernst. Die FDP-Fraktion danke dem Stadtrat für die Prüfung und Ausarbeitung sowie Umsetzung eines Konzeptes zur lokalen operativen Standortförderung.

Die Interpellation zur Standortförderung Wädenswil geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

04.08.20

6. Interpellation der GLP-Fraktion, vom 10. November 2014, betreffend Submission Arbeiten „Gewerbepark Rütihof“; Begründung

Pierre Rappazzo, GLP, sagt, dass es eine der Eigenschaften sei, wenn die öffentliche Hand arbeite, dass sie sich umfassenden und detaillierten Regelungen unterzuordnen habe. So auch im Fall der Arbeitsvergabe beim Rütihof. Bei diesem Projekt müsse man verschiedene Submissionsverordnungen einhalten. Mit dieser Interpellation zeigen sie, dass sie auch während der Umsetzung des Projekts Rütihof ein wachsames Auge auf dieses Projekt haben werden. Schliesslich seien mit dem Wegfall der 1.20 Euro Grenze und der Zeitverzögerung durch den Stimmrechtsrekurs bzw. Stimmrechtsbeschwere bereits erste Risiken eingetroffen, die das erfolgreiche Abwickeln des Projektes behindern.

Die Interpellation betreffend Submission Arbeiten „Gewerbepark Rütihof“ geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

10.07

7. Postulat der CVP-Fraktion vom 14. Januar 2015, betreffend Aufwandstabilisierung, Begründung

Beat Wiederkehr, CVP, führt aus, dass an der letzten Budgetsitzung der Gemeinderat in einer über 4 ½-stündigen Sitzung den Voranschlag 2015 beraten habe. Dies habe man schon aus der Fraktionserklärung der SP gehört. Es sei tatsächlich so, dass Ablauf und Ergebnisse dieser Debatte nicht für alle Beteiligten - sei es Stadtrat, Verwaltung oder Gemeinderat - optimal verlaufen sei. Die zahlreichen Voten haben Unzufriedenheit widerspiegelt und Klärungsbedarf aufgezeigt. So gesehen sei die aussergewöhnliche Marathonsitzung notwendig und lehrreich gewesen.

Trotz einiger Kürzungsanträgen bleibe es aber dabei: Die finanzielle Lage sei sehr ernst und besorgniserregend. Nach der Budgetdebatte sei vor der Budgetdebatte. Die CVP-Fraktion fordere, dass das Aufwandsvolumen 2015 im Jahr 2016 keinesfalls überschritten werden dürfe. Damit dieses Ziel ernsthaft erreicht werden könne, brauche es mehr als die Bitte an die verschiedenen Verwaltungsabteilungen, ihren bisherigen Aufwand nicht zu erhöhen. Der Stadtrat müsse jetzt als Gesamtgremium aktiv werden und eine grundsätzliche Überprüfung der Aufwandstruktur einleiten - und zwar sowohl in Bezug auf die ungebundenen Budgetpositionen als auch in Bezug auf eine effizientere und effektivere Abwicklung der heutigen Leistungsaufträge.

Sie seien sich sehr wohl bewusst, dass eine Aufwandstabilisierung eine grosse Herausforderung für Stadtrat und Verwaltung sei. Das Ziel könne nicht schmerzfrei erreicht werden; es könne nur in einem engen Miteinander von allen Verantwortlichen realisiert werden. Nach seinen Vorstellungen sei es wertvoll und zielführend, wenn bei diesem Prozess rechtzeitig auch ein Meinungsaustausch mit der GRPK stattfände.

Der Stadtrat soll also jetzt aktiv werden, Massnahmen überprüfen und darüber dem Gemeinderat Bericht erstatten und Rechenschaft ablegen. Er bitte darum, das Postulat zu unterstützen.

Stadtpräsident Philipp Kutter, stellvertretend für Stadtrat Finanzen, Peter Schuppli, sagt, dass der Stadtrat bereit sei, dieses Postulat entgegenzunehmen.

Das Postulat betreffend Aufwandstabilisierung gilt als an den Stadtrat überwiesen.

06.03.01

8. Einbürgerungen:

Die Einbürgerungsgeschäfte werden behandelt.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid fügt hinzu, dass allen soeben das Wädenswiler Bürgerrecht erteilt worden sei, vorbehältlich der Genehmigung durch den Bund und den Kanton. Er bitte sie, dass sie von den Rechten Gebrauch machen und sich am Wädenswiler Stadtleben beteiligen.

Verabschiedung von Beat Wiederkehr aus dem Gemeinderat

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid, führt aus, dass Beat Wiederkehr am 1. März 2003 das Amt als Gemeinderat angetreten habe. Er sei Ersatz für Peter Baumann gewesen. Er sei zudem Mitglied der Raumplanungskommission gewesen und wurde dann für das Amtsjahr 2006-2007 direkt Gemeinderatspräsident. Er sei also ein Senkrechstarter gewesen. Es gehe offenbar also auch noch schneller als bei ihm selber. Nach dem Präsidialjahr habe er Einsitz in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission genommen und sei bis jetzt deren Vizepräsident gewesen. Beat Wiederkehr sei auch noch IFK-Präsident. Auch das ein Amt, welches er ausgeübt habe. Er habe Beat Wiederkehr im Gemeinderat als gradlinigen Politiker mit sozialer Ader erlebt. Er habe die Politik in Wädenswil in den 12 Jahren, in welchen er als Gemeinderat gewirkt habe, wesentlich mitgeprägt und er sei ein Vollblutpolitiker gewesen. Er wünsche ihm auf dem weiteren Lebensweg ohne Politik, er wisse zwar nicht, ob es ganz ohne Politik gehe, viel Erfolg, Erfüllung und Glück. Er überreicht ihm zum Abschied ein Geschenk der Stadt Wädenswil, damit er die Jahre als Gemeinderat immer in bester Erinnerung behalte.

Beat Wiederkehr, CVP, bedankt sich für die netten Worte und das Geschenk. Seine Abschiedsrede habe er im Verlaufe der Ratssitzung schon halten können. An dieser Stelle wolle er einfach nur noch Danke sagen. Danke an alle, den Gemeinderat und den Stadtrat für die spannenden Jahre und langjährige Zusammenarbeit. Speziell bedanke er sich bei der CVP-Fraktion. Es sei immer eine sehr spannende Zusammenarbeit gewesen. Ein Dank gehe auch an die Mitglieder der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, in welcher er mitwirken durfte.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid, hält fest, dass es heute eine wesentlich kürzere Sitzung als die letzte gewesen sei. Das sei ihm aber auch recht.

**Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage von Gemeinde-
ratspräsident Hansjörg Schmid keine Einwände erhoben.**

Ruth Schäfer, Sekretärin-Stv. (Protokoll)